

An die  
Marktgemeinde Raaba-Grambach  
Josef-Krainer-Straße 40  
8074 Raaba-Grambach

Amtliche Eintragungen

**HINWEIS:** Bitte füllen Sie alle Felder korrekt aus. Die mit einem \* gekennzeichneten Felder sind verpflichtend auszufüllen. Für alle Datumseingaben gilt das Format „TT.MM.JJJJ“.

## Mitteilung über meldepflichtige Vorhaben gemäß § 21 des Stmk. BauG LGBl. Nr. 59/1995 idgF

### 1. Angaben zu den Bauwerbern/innen\*

1.1. Familienname/Firma\*  Titel

Vorname\*

Geburtsdatum/ UID/FN\*

Straße\*  Nr./Tür.\*

Ort\*  PLZ \*

Telefon\*  E-Mail\*

1.2. Familienname/Firma\*  Titel

Vorname\*

Geburtsdatum/ UID/FN\*

Straße\*  Nr./Tür.\*

Ort\*  PLZ \*

Telefon\*  E-Mail\*

Planverfasser  
Name/Telefon\*

## 2. Art des Bauvorhabens\*

Neuerrichtung  Änderung oder  Erweiterung

### 2.1 Beschreibung des Bauvorhabens (Material, Farbe, Länge, Höhe usw.) \*

### 2.2 PV-Anlagen bis 400m<sup>2</sup>\*

Produkt/ Type\*

kWp\*  Fläche in m<sup>2</sup> \*

### 2.3 Stromspeicher bis 20 kWh\*

Produkt/ Type\*

kWh\*

### 2.4 Heizungsanlagen für feste oder flüssige Brennstoffe bis 8kW\*

feste Brennstoffe  flüssige Brennstoffe

Produkt/ Type\*

kW\*  Datum der Inverkehrbringung \*

### 2.5 Pooltechnik\*

Filteranlage und Pumpe  Wärmepumpe

Produkt/ Type\*

dB\*  Aufstellort \*

### 3. Ort des Bauvorhabens\*

Straße\*  Nr./Tür.\*

KG \*  Gst. Nr. \*  EZ \*

### 4. Berechnung des Bodenversiegelungsgrades in % im Verhältnis zur Grundstücks- und un bebauten Fläche \*

### 5. Raum für Fotos, Skizzen, Lagepläne usw. \*

### 6. Datum und Unterschrift des Bauwerbers/der Bauwerberin\*

1.1. Ort  Datum  Unterschrift\*

1.2. Ort  Datum  Unterschrift\*

## 7. Erforderliche Unterlagen (gemäß §21 Stmk. BauG idgF)

- Lageplan M 1:1000/ M 1:500 mit den Angaben zur Lage des Bauvorhabens am Grundstück und den Abständen hin zu den Nachbargrenzen; bei Schutzdächern und Nebengebäuden weiter die Darstellung bzw. Angabe der Dachentwässerung
- eine kurze Beschreibung des Vorhabens (z.B.: Produktdatenblätter, Verkaufskatalogausschnitte, Materialität, Abmessungen: Höhe, Breite, Länge etc.)
- Berechnung des Bodenversiegelungsgrades gemäß ÖEK idgF der Marktgemeinde Raaba-Grambach in überprüfbarer Form (1-fach)
- Berechnung des Bodenversiegelungsgrades gemäß § 8 Stmk. BauG idgF in überprüfbarer Form (1-fach)

### • bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß § 21 Abs 2 Z 1 und 3 Stmk. BauG idgF (siehe Merkblatt) zusätzlich

- erforderliche Grundrisse, Schnitte und Ansichten M 1:100
- eine Bestätigung eines befugten Planverfassers über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen gemäß §33 Abs 3 Stmk. BauG idgF
- im Anschluss an Landesstraßen - erforderliche Zustimmung bzw. Bewilligung der Straßenverwaltung nach den Stmk. LStVG idgF Bestimmungen

### • bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß §21 Abs 2 Z 2 zusätzlich zu Z 1 Stmk. BauG idgF (siehe Merkblatt)

- Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels durch das technische Datenblatt und bei stationären Batterieanlagen auch den Nachweis des Energieinhalts

**WICHTIGE HINWEISE:** Nach Fertigstellung des Vorhabens nach §21 Stmk. BauG Abs 2 Z 3 idgF - Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Hauskanalanlagen und Sammelgruben - ist der Gemeinde eine Dichtheitsbescheinigung und ein Druckprüfungsprotokoll über die Erprobung und Funktionsfähigkeit der Hauskanalanlagen und Sammelgruben eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers vorzulegen.

## Merklblatt

### **(1) Zu den meldepflichtigen Vorhaben gemäß § 21 Stmk. BauG gehört die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von:**

1. Nebengebäuden (mit Ausnahme von Garagen), Fütterungseinrichtungen bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, landesüblichen Zäunen, Folientunnel, Hagelnetzanlagen, Flachsilos, Beregnungsanlagen u. dgl., jeweils nur im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, sofern keine Nachbarrechte im Sinn des § 26 Abs. 1 Z 1 und 2 berührt werden;
2. kleineren baulichen Anlagen, wie insbesondere
  - a) für die Verwertung (Kompostierung) von biogenem Abfall im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes; wie insbesondere Kleinkompostieranlagen für Gebäude mit nicht mehr als sechs Wohnungen;
  - b) Abstellflächen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3 500 kg bis zu einer Gesamtfläche von 40 m<sup>2</sup> und den dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten, Fahrradabstellanlagen sowie Schutzdächer (Flugdächer) mit einer überdeckten Fläche von insgesamt höchstens 40 m<sup>2</sup>, auch wenn diese als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, samt allfälligen seitlichen Umschließungen, die keine Gebäudeeigenschaft (§ 4 Z 29) bewirken;
  - c) Skulpturen und Zierbrunnenanlagen bis zu einer Höhe von 3,0 m inklusive Sockel, kleineren sakralen Bauten sowie Gipfelkreuzen;
  - d) Wasserbecken bis zu insgesamt 100 m<sup>3</sup> Rauminhalt, Saisonspeichern für solare Raumheizung und Brunnenanlagen sowie Anlagen zur Sammlung von Meteorwasser (Zisternen);
  - e) luftgetragenen Überdachungen bis zu insgesamt 100 m<sup>2</sup> Grundfläche;
  - f) Pergolen bis zu einer bebauten Fläche von 40 m<sup>2</sup>, Klapotetzen, Maibäumen, Fahnen- und Teppichstangen, Jagdsitzen sowie Kinderspielgeräten;
  - g) Nebengebäude im Bauland bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - h) Gewächshäusern bis zu 3,0 m Firsthöhe und bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - i) Parabolanlagen sowie Hausantennenempfangsanlagen im Privatbereich; Mikrozellen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser von 100 m bis 1 km und Picozellen für Mobilfunkanlagen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser bis 100 m, samt Trag- und Befestigungseinrichtungen;
  - j) Telefonzellen und Wartehäuschen für öffentliche Verkehrsmittel;
  - k) Stützmauern mit einer Ansichtshöhe von nicht mehr als 0,5 m über dem angrenzenden natürlichen Gelände einschließlich der damit im unmittelbar angrenzenden Bereich erforderlichen geringfügigen Geländeanpassung;
  - l) Loggiaverglasungen einschließlich der erforderlichen Rahmenkonstruktion;
  - m) Garten- und Gerätehütten samt Erdlager bei zusammengefassten Kleingartenanlagen gemäß § 33 Abs. 5 Z. 5 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, für die ein Gesamtkonzept erstellt wurde, in Übereinstimmung mit den darin festgelegten Vorgaben jeweils bis zu einer Gesamtfläche von maximal 40 m<sup>2</sup> je Nutzungseinheit;
  - n) Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,5 m jeweils über dem angrenzenden natürlichen Gelände;
  - o) Photovoltaikanlagen und solarthermische Anlagen bis zu einer Brutto-Fläche von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>; dabei dürfen Anlagen und ihre Teile eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten;
  - p) Umspann- und Kabelstationen, soweit es sich um Gebäude mit einer bebauten Fläche von nicht mehr als 40 m<sup>2</sup> handelt

3. kleineren baulichen Anlagen und kleineren Zubauten, jeweils im Bauland, soweit sie mit den in Z. 2 angeführten Anlagen und Einrichtungen hinsichtlich Größe, Verwendungszweck und Auswirkungen auf die Nachbarn vergleichbar sind;
4. Baustelleneinrichtungen, einschließlich der zum vorübergehenden Aufenthalt dienenden Unterstände sowie die Aufstellung von Werbetafeln der bauausführenden Firmen sowie von Förderstellen, für die Dauer der jeweiligen Baudurchführung, längstens jedoch bis zwei Wochen nach der Baufertigstellung;
- 4a. die Verwendung von Gerüsten und Netzen zu Werbezwecken für die Dauer der Fassadenherstellung und -sanierung bis spätestens zwei Wochen nach der Fertigstellung dieser Maßnahmen;
5. Feuerungsanlagen für feste und flüssige Brennstoffe bis zu einer Nennwärmeleistung von 8,0 kW, sofern Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Heizungs- und Klimaanlagengesetzes 2021 vorliegen;
- 5a. Gasanlagen, die keiner Bewilligungspflicht nach dem Steiermärkischen Gasgesetz unterliegen, Feuerungsanlagen jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Heizungs- und Klimaanlagengesetzes 2021 vorliegen;
6. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen von Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung für die Wahl zu einem allgemeinen Vertretungskörper oder zu den satzungsgebenden Organen einer gesetzlichen beruflichen Vertretung, für die Wahl des Bundespräsidenten oder für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften beteiligen, innerhalb von sechs Wochen vor dem Wahltag oder dem Tag der Volksabstimmung, der Volksbefragung oder des Volksbegehrens bis spätestens zwei Wochen danach;
7. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen, die an bestehenden baulichen Anlagen angebracht werden und eine Gesamtfläche von insgesamt höchstens 2,0 m<sup>2</sup> aufweisen, sofern keine Verordnung nach § 11a Abs. 2 besteht;
8. bauliche Anlagen für Paketservicesysteme mit Rauminhalten über 1,0 m<sup>3</sup>.

**(2) Meldepflichtig sind überdies:**

1. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Garagen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3 500 kg bis zu einer bebauten Fläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, auch wenn sie als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, und der dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten;
2. die ortsfeste Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten oder Ähnlichem im Inneren eines geschlossenen Gebäudes mit einem Schalleistungspegel von maximal 80 dB sowie die stationäre Aufstellung von Batterieanlagen mit einem Energieinhalt von höchstens 20 kWh bei Einhaltung dieser Anforderungen;
3. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Hauskanalanlagen und Sammelgruben;
4. der Einbau von Treppenliften;
5. der Umbau einer baulichen Anlage oder Wohnung, der keine Änderung der äußeren Gestaltung bewirkt, sowie Änderungen der räumlichen Nutzungsaufteilung einer bestehenden Wohnung;
6. die Lagerung von Treibstoffen bis 500 l in zulässigen Lagersystemen durch anerkannte Einsatzorganisationen;
7. die Lagerung von Heizöl bis 300 l;
8. der Abbruch aller nicht unter § 20 Z 6 fallenden baulichen Anlagen;
9. die wärmetechnischen Optimierungen der Gebäudehülle bei bestehenden Gebäuden, sofern es sich nicht um größere Renovierungen handelt, sowie die geringfügigen Änderungen in Größe, Form und Situierung beim Austausch von Fenstern oder die Fassadenfärbelungen;
10. der Austausch einer bestehenden Feuerungsanlage durch eine Feuerungsanlage für feste oder flüssige Brennstoffe mit einer Nennheizleistung von nicht mehr als 400 kW, wenn damit keine baulichen

Änderungen oder Nutzungsänderungen verbunden sind, sofern der Nachweis über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinn des Steiermärkischen Heizungs- und Klimaanlagengesetzes 2021 vorliegt;

11. Umbauten sowie Änderungen des Verwendungszweckes bei landwirtschaftlichen Tierhaltungsbetrieben zur Umsetzung von rechtlichen oder fördertechnischen Vorgaben zum Tierwohl, sofern damit weder eine Erhöhung der Tierzahl noch eine Verschlechterung der Immissionssituation für die Nachbarn verbunden ist.

**(3) Meldepflichtige Vorhaben sind vor ihrer Ausführung der Gemeinde schriftlich mitzuteilen.**

Die Mitteilung hat zu enthalten:

1. - die Grundstücksnummer,  
- die Lage am Grundstück,  
- eine kurze Beschreibung des Vorhabens
2. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 1 und 3 zusätzlich  
- eine planliche Darstellung (Lageplan im Maßstab 1:1.000),  
- erforderliche Grundrisse und Schnitte im Maßstab 1:100,  
- eine Bestätigung eines befugten Planverfassers über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen;
3. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 2 zusätzlich zu Z 1 den Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels durch das technische Datenblatt und bei stationären Batterieanlagen auch den Nachweis des Energieinhalts.

Nach Fertigstellung des Vorhabens nach Abs. 2 Z 3 ist der Gemeinde eine Dichtheitsbescheinigung über die Erprobung und Funktionsfähigkeit der Hauskanalanlagen und Sammelgruben eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers vorzulegen.

**(4)** Durch meldepflichtige Vorhaben dürfen Bau- und Raumordnungsvorschriften, wie insbesondere festgelegte Bauflucht-, Baugrenz- und Straßenfluchtlinien, sowie die Vorschriften über Abstände nicht verletzt werden.